

Bonn, den 28. Mai 1953
Abteilung II B
Ref.: Dr. v. Puttkamer

21. Mai 1953

224-⁶⁹⁴¹ II 7120 /53

199

durch Kurier

ad. 29. MAI 1953

S o f o r t

(a.i.R.)

E n t w u r f

1.) An den
Botschafter der Bundesrepublik
Deutschland,
Herrn Mühlenfeld
D e n H a a g

Gef. 28.5. 0e
Gel. _____
Abges. _____

Betr.: Äusserungen des niederländischen Ministerpräsidenten
zur EVG und EG
Bezug: Drahtbericht Nr. 104 vom 16. Mai 1953

Die Mitteilungen über die Äusserungen des niederländischen Ministerpräsidenten Drees stehen im Einklang mit seiner früheren Haltung. Es ist bekannt, dass Ministerpräsident Drees dem Verteidigungsvertrag und dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft zurückhaltend gegenübersteht.

Trotzdem sollte hierin kein Grund für eine pessimistische Beurteilung gesehen werden.

Die Pariser Aussenministerkonferenz hat über Erwarten positive Ergebnisse erbracht, wozu auch die Haltung des niederländischen Aussenministers Beijen beigetragen hat. Es ergab sich Einstimmigkeit darüber, dass eine Europäische Politische Gemeinschaft errichtet werden muss und dass die von der Ad hoc-Versammlung durch Vorlage des Verfassungsentwurfs bereits entscheidend geförderte Arbeit unverzüglich fortzusetzen ist. Es ist vorgesehen, vom 12. Juni bis 1. Juli in Rom eine Konferenz von Regierungsvertretern und Sachverständigen

republik müssten vorangehen.

Zur Frage Politische Gemeinschaft machte Ministerpräsident, dem Aussenminister über Pariser Tagung anscheinend noch nicht berichtet hatte, Ausführungen, aus denen ich schliessen muss, dass ihm Vorschlag, den der Herr Bundeskanzler nach Pressemeldungen in Paris auf Weiterbehandlung des Entwurfs durch Instanzen der Montangemeinschaft gemacht haben soll, nicht sympathisch ist. Drees sagte mit Nachdruck, der Entwurf müsse von den Ministern und ihren Sachverständigen, aber nicht von europäischen Gremien weiterbehandelt werden. Denn der Entwurf sei ein unpraktisches Instrument, das nicht funktionieren könne. Er sprach sich entschieden gegen direkte Wahlen zum europäischen Parlament aus. Diese seien auch nach Meinung der überwältigenden Mehrheit der niederländischen zweiten Kammer verfrüht. Ein Parlament, in das sich Kommunisten und Gaullisten wählen lassen könnten, sei eine Gefahr für den europäischen Gedanken. Er sei dafür, dass die nationalen Parlamente Vertreter in das europäische Parlament entsenden. Diese eher skeptische Beurteilung des Entwurfs für eine europäische politische Gemeinschaft seitens des Ministerpräsidenten entspricht genau Bemerkungen, die Aussenminister Beijen mir bei meinem Antrittsbesuch vor einigen Tagen machte.

Da ich in den¹⁾ Tagen zahlreiche holländische offizielle Persönlichkeiten und Diplomaten zu Besuch habe, wäre ich für möglichst beschleunigte Sprachregelung über Verlauf der Pariser Tagung und Bestätigung, dass nächste Aussenministerkonferenz tatsächlich 10. Juli im Haag stattfindet, dankbar.

Mühlenfeld

1) Auslassung

.....

Ich bitte Sie, die Einstellung der niederländischen Regierung zu direkten Wahlen für das europäische Parlament besonders zu beobachten. Während der Pariser Konferenz hatte Außenminister Beijen den direkten Wahlen nicht zugestimmt mit dem Bemerkten, daß er hierzu nicht autorisiert sei, sie jedoch auch nicht abgelehnt.